

## BFS-TRENDINFO

# 9/16

### Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

#### Editorial

---

#### Bildung

Privat oder Staat? Freie Schulen braucht das Land

---

Kita-Qualität: Kommt ganz aufs Bundesland an

---

#### Arbeitswelt

Personalmarketing: Zuviel Hype um „Social Müdia“

---

#### Integration

Wie wollen wir 2026 leben?

---

#### Gesundheit

„Endlich seid ihr da!“ – Muslimische Seelsorge im Krankenhaus

---

Erst zu Dr. Google, dann in die Praxis

---

#### Pflege

Pflegestützpunkte: Wo nachgebessert werden muss

---

#### Europa

Bürgerinitiative auf europäisch: „Let'sFly2Europe“ und „People4Soil“

---

#### Materialien

Catarina Katzer: Cyberpsychologie. Leben im Netz: Wie das Internet uns ver@ndert

---

#### Impressum

---

## Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Privatschulen sind elitäre Bildungshorte des erfolgsorientierten Bürgertums, sie vergrößern die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft. So lautet ein gängiges Vorurteil gegen Bildungsinitiativen in freier Trägerschaft. Man kann es auch anders sehen. Danach speist sich der Erfolg privater Schulen aus einem profilierten Erziehungs- und Unterrichtsangebot, das viele Eltern an öffentlichen Schulen vermissen.

Was stimmt denn nun? Liegt die Wahrheit in der Mitte oder ganz woanders? Heiner Barz, Professor für Erziehungswissenschaft und Leiter der Abteilung für Bildungsforschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, hält freie Schulen für eine „unverzichtbare Säule des deutschen Bildungswesens“. Der seiner Ansicht nach falschen Frage „privat oder Staat“ hält er in einem Diskussionspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung die Überzeugung entgegen, dass „ein zeitgemäßes Bildungswesen private wie staatliche Schulen in einem produktiven Ergänzungsmodus braucht.“

Für die Heinrich-Böll-Stiftung haben sich zwei Wissenschaftlerinnen der Humboldt Universität, Caroline Kann und Kerstin Rothe, mit der Thematik beschäftigt. Im August legten sie ihren Debattenbeitrag „Mythos Chancengleichheit in der Grundschule? Strukturelle Entwicklungen im

Privatschulwesen“ vor. Auch Kann und Rothe kommen zu dem Ergebnis, dass Privatschulen nicht pauschal als Begabten- oder Eliteschulen bezeichnet werden können. Dafür seien die Unterschiede bei Trägern, pädagogischen Ausrichtungen, Zielsetzungen, Gründungs- und Anmelde-motiven viel zu groß. Allerdings stellen die Wissenschaftlerinnen fest, dass öffentliche Schulen im städtischen Bereich insbesondere Kinder aus bildungsnahen Familien verlieren. Da sich bildungsaffine Eltern intensiver mit der Schulwahl auseinandersetzen, ergebe sich bei einer hohen Anzahl an Privatschulen ein Segregationseffekt. Dieser falle umso stärker ins Gewicht, weil die Kinder nach der Grundschule in verschiedenen Schulformen weiterlernen und Integration somit lediglich in der Grundschule stattfinde.

Wenn Sie sich selbst ein Bild machen möchten oder sich an der Diskussion über Sinn und Nutzen von Schulen in freier Trägerschaft beteiligen wollen, gelangen Sie [hier](#) zum kostenlosen E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung. Der Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung ist im Artikel „Privat oder Staat? Freie Schulen braucht das Land“ in dieser Ausgabe der BFS-Trendinfo ausführlicher dargestellt.

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre und einen guten Start ins Schuljahr 2016/2017!

Ihre Redaktion

## Bildung

### Privat oder Staat? Freie Schulen braucht das Land

Der Privatschüleranteil in Deutschland liegt beträchtlich unter dem vieler anderer Länder, in Europa und weltweit. Er hat aber erheblich zugelegt. Der Schüleranteil an der Gesamtzahl der Schüler lag bis zur Wende bei knapp fünf Prozent und stieg seither auf fast neun Prozent an. Die östlichen Bundesländer verzeichneten ein beschleunigtes nachholendes Wachstum mit der Tendenz zur Angleichung an den westdeutschen Stand. Dem Wachstum des privaten Sektors stehen rückläufige Schülerzahlen an staatlichen Schulen gegenüber.

In einem Diskussionspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich Heiner Barz, Professor für Erziehungswissenschaft und Leiter der Abteilung für Bildungsforschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mit den Hauptargumenten der Privatschulkritik auseinander. Was ist dran an dem Kritiker-Argument, wonach die Privatschule vor allem dem Elternwunsch nach Milieunähe und sozialer Distinktion nachkomme? Etwas schon, nicht viel, findet Barz. „Man kann nicht bestreiten, dass freie Schulen meist einen gewissen Milieuschwerpunkt haben.“ Als entscheidend zitiert er unter Verweis auf Befragungen und Studien jedoch andere Motive für die Privatschulwahl: die Erwartung ganzheitlicher Förderung des Nachwuchses sowie engagierter und zugewandter Lehrer. So sei bei der Entscheidung etwa für eine katholische Schule, den meisten Schulen in freier Trägerschaft, nicht das religiöse Profil

maßgeblich, sondern die Präferenz für Persönlichkeitsentwicklung, Tradition und Leistungsorientierung.

#### Die Privatschule – ein Privileg der Besserverdienenden?

Barz widerspricht der gängigen Wahrnehmung vom Schulgeld als einem Instrument sozialer Abgrenzung: Die Höhe des Schulgelds liege im Schnitt zwischen 70 und 150 Euro pro Monat. Der Elternanteil sei oft nach Einkommen gestaffelt, außerdem gebe es Stipendien. Einzelne Neugründungen jüngerer Datums (z. B. Waldorfschule Mannheim-Neckarstadt, Montessori-Schule Quinoa, Berlin) verzichteten weitgehend auf Schulgeld und setzten stattdessen auf Stiftungsengagement und Sponsoring. Schulen in freier Trägerschaft bleibe überdies gar nichts anderes übrig, als Schulgeld zu erheben – die staatliche Regelfinanzhilfe erzeuge zwangsläufig eine Deckungslücke.

#### Kostenfaktor oder Sparschwein?

Barz tritt er Annahme entgegen, der Staat finanziere mit dem Geld aller Steuerzahler auch noch die Eliteschulen privilegierter Schichten. Mit Verweis auf Gutachten und amtliche Statistiken kommt der Düsseldorfer Bildungsforscher zu einem konträren Ergebnis. Die staatlichen Finanzhilfen deckten nur 50 bis 60

Prozent der tatsächlichen Kosten freier Schulen ab. „Je nach Radikalität des Ansatzes sind Zahlen von mindestens 1,3 Mrd. Euro pro Jahr im Umlauf, die durch die freien Schulen im Staatshaushalt eingespart werden.“ Das Institut der Deutschen Wirtschaft errechnete sogar 2,4 Mrd. Euro jährlich (2011). Es gebe drei Möglichkeiten, die Deckungslücke zu schließen, stellt Barz fest: Elternbeiträge, Gehaltsverzicht der Lehrer oder höhere Wirtschaftlichkeit durch Verschlanung organisatorischer Strukturen.

#### Bessere Leistungen, mehr Zufriedenheit

Bringen Schüler freier Schulen bessere Leistungen nach Hause? Lernstanderhebungen oder Leistungsvergleichstest wie PISA hätten „meist bessere Resultate“ ergeben, schreibt Bildungsforscher Barz. Er konzediert, dass dies auch dem höheren Sozialstatus der Eltern zu verdanken sei. Ausschlaggebend aber sei etwas anderes: Schule diene nicht nur der Wissensvermittlung. Bei der Zufriedenheit von Kindern und Eltern, beim Schulklima und dem Engagement der Lehrer könnten die Privaten gegenüber den Regelschulen klar punkten.

#### Freie Schulen als Reformlabor

Freie Schulen hätten weit über ihre quantitative Bedeutung

hinaus die moderne Unterrichts- und Schulentwicklung innovativ geprägt, hebt Barz hervor. Basis sei der reiche Fundus reformpädagogischer Erziehungsmodelle zu Anfang des 20. Jahrhunderts, die direkt oder auf dem Weg späterer Wiederentdeckung Eingang in das allgemeine Schulsystem gefunden hätten. So entstamme der fächerübergreifende Unterricht dem Waldorfkonzep, gingen Projektstage auf die Arbeitsschulbewegung zurück. Inklusive Unterrichtsmodelle seien in vielen reformpädagogischen Schulen „seit Jahrzehnten selbstverständlich implementiert“.

## Plädoyer für eine Pädagogik der Vielfalt

Unter dem großen Dach freier Schulträger geht es bunt zu. Da tummeln sich kirchliche und reformpädagogisch orientierte Schulen neben alternativ und eher kommerziell ausgerichteten Schulen, wie etwa die Phorms-Schulen. Hinzu kommen die boomenden Hochschulen in privater Trägerschaft, die ebenso wie die allgemeinbildenden freien Schulen ein unverzichtbarer, grundgesetzlich verankerter Teil der deutschen Bildungslandschaft seien, urteilt Barz. Alle Einrichtungen müssten sich durch ihr besonderes Profil behaupten, was ihnen traditionsgemäß ein hohes Innovationspotenzial verschaffe.

Der Autor spricht zwar den staatlichen Schulen nicht jede Modernisierungschance ab, sieht hier aber die Privaten besser

aufgestellt. Kreativität, Enthusiasmus und langer Atem machten sie zu Musterbeispielen zivilgesellschaftlichen Engagements. Barz fordert einen „fairen Wettbewerb“ zwischen beiden Bildungssektoren und empfiehlt, den Schulen in freier Trägerschaft die gleiche finanzielle Ausstattung zuteil werden zu lassen wie dem staatlichen Pendant. Ein Paradigmenwechsel solle die deutsche Bildungsdiskussion erfassen: „Statt Regulierung und Standardisierung brauchen wir Pluralität und Ideenwettbewerb. (...) Es ist höchste Zeit, dass das Schattendasein, das Schulen in freier Trägerschaft immer noch fristen, beendet wird.“

*Heiner Barz, Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft – Eine wichtige Säule des deutschen Bildungswesens, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen und Argumente, Juni 2016, 20 Seiten, [Download](#).*

## Kita-Qualität: Kommt ganz aufs Bundesland an

Eltern kleiner Kinder kann man eine große Freude bereiten. Wenn ihre händeringende Suche nach einem Kita-Platz von Erfolg gekrönt ist, fühlen sie sich mitunter wie Lottogewinner. Jedenfalls solange, bis Ernüchterung einkehrt: Denn eine qualitativ hochwertige Betreuung ist keineswegs selbstverständlich, belegt die Bertelsmann-Stiftung mit neuen

Daten aus dem „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“. Mit diesem Monitoring begleitet die Stiftung seit Jahren die Entwicklung der Kinderbetreuung in den Bundesländern.\* In einigen Ländern beeinträchtigt die schlechte Betreuungsrelation von Erziehern und Kindern sogar die Bildungschancen des Nachwuchses, so der aktuelle Befund. Doch es gibt auch Gutes zu vermelden: Insgesamt steige die Qualität der Bildung und Betreuung in deutschen Krippen und Kindergärten.

## Breite Datenbasis von Bund und Ländern

Grundlage des jährlich aktualisierten Ländermonitors sind Auswertungen von Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik und weiteren amtlichen Statistiken. Stichtag für die aktuell präsentierte Datenerhebung war der 1. März 2015. Die Berechnungen wurde vom Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut und Technische Universität Dortmund durchgeführt.

## Das Positive zuerst

„Auf eine Kita-Fachkraft kommen im Durchschnitt weniger Kinder als vor drei Jahren“, stellt die Analyse positiv heraus: Bundesweit ist demnach eine Vollzeit-Fachkraft für durchschnittlich für 9,3 Kindergartenkinder oder 4,3 ganztags betreute Krippenkinder

zuständig. Vor drei Jahren waren es noch 9,8 Kindergartenkinder bzw. 4,8 Krippenkinder pro Erzieherin.

### Kindergartenbetreuung: Von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich

Ein Betreuer auf 7,5 Kindergartenkinder bzw. auf drei Kinder unter drei Jahren – diesen Personalschlüssel empfiehlt die Bertelsmann Stiftung unter Verweis auf internationale Studien. Doch die Realität sieht anders aus: „In den meisten Bundesländern sind die Personalschlüssel noch immer weit entfernt von einem pädagogisch sinnvollen Wert.“ Den besten Betreuungsschlüssel im Kindergarten weist derzeit Baden-Württemberg (1 zu 7,3) auf, in Mecklenburg-Vorpommern betreut eine Erzieherin fast doppelt so viele Kinder (1 zu 14,1). In NRW ist das Verhältnis 1 zu 9,1.

### Krippenbetreuung: Auch hier zählt das Bundesland

Auch im Krippenbereich hat Baden-Württemberg derzeit bundesweit den besten Personalschlüssel (1 zu 3,0), NRW kann sich ebenfalls sehen lassen (1 zu 3,6). Sachsen ist das Schlusslicht (1 zu 6,4). Seit 2012 haben sich Sachsen-Anhalt und Hamburg am stärksten verbessert. Thüringen und das Saarland treten auf der Stelle, in Bremen verschlechterte sich sogar die Betreuungsrelation.

### Deutliches Ost-West-Gefälle

Bei den Kindergartengruppen ist der Personalschlüssel in den westdeutschen Bundesländern (1 zu 8,6) besser als in Ostdeutschland (1 zu 12,3). Auch bei der Betreuung von Krippenkindern herrscht ein Ost-West-Gefälle: Eine Erzieherin zwischen Greifswald und Gera ist für 6,1 Krippenkinder zuständig, zwischen Flensburg und Freilassing für 3,6 Krippenkinder. Diese Diskrepanz ist durch nichts zu rechtfertigen, schließlich besucht im Osten ein wesentlich größerer Anteil aller Krippenkinder eine Kita (46,8 % der unter Dreijährigen vs. 23,6 %).

### Mehr Geld, mehr Personal

Um die Betreuungsqualität künftig weiter zu verbessern, plädiert die Bertelsmann-Stiftung für die Einstellung von 107.000 zusätzlichen Fachkräften. Die Personalkosten lägen bei jährlich 4,8 Milliarden Euro (auf Basis des TVöD SuE) – knapp ein Drittel höher als bisher. So müssten etwa in NRW 15.600 Vollzeitkräfte eingestellt werden, bei zusätzlichen Personalkosten von knapp 700 Mio. Euro auf dann insgesamt 4,1 Mrd. Euro.

### Wer soll das bezahlen?

Schätzungen der Bertelsmann-Analyse zufolge belaufen sich die bundesweiten Personalkosten pro Jahr auf 16,6 Mrd. Euro.

Zuzüglich der Kosten für den erweiterten Personalbedarf wären es 21,4 Mrd. Euro. Zur Finanzierung der Kosten für die Realisierung der empfohlenen Personalschlüssel raten die Herausgeber zur standardbasierten Finanzierungsbeteiligung des Bundes. Konkret bedeutet das, die länderbezogenen Kosten auf Basis eines verbindlichen Personalschlüssels zu kalkulieren und entsprechend die Finanzbeteiligung des Bundes zu definieren. „Diese Ausgestaltung der Finanzsteuerung kann systematisch den bundesweiten Qualitätsausbau von Kitas unterstützen“, formuliert die Untersuchung.

### Wie realistisch ist das?

Allerdings liegt hier auch der Hase im Pfeffer. Angesichts der länderbezogenen großen Unterschiede bei der personellen Ausstattung dürfte der Weg zu bundesweit verbindlichen Qualitätsstandards sehr weit sein. Wenn er denn politisch überhaupt gewollt ist. Hinzu kommt ein weiteres Manko. Zusätzliche, von der Wirtschaft geforderte Dienstleistungen wie längere Öffnungszeiten und individuellere Betreuungsarrangements sind bei der Kalkulation von Personalstärke und Kosten seitens der Bertelsmann-Stiftung noch gar nicht berücksichtigt.

*\* Siehe auch BFS-Trendinfo 11/2015: Ländermonitor: Auf das Kita-Personal kommt es an!*

*Qualitätsausbau in Kitas 2016. 7 Fragen zur Personalausstattung in deutschen Kitas – 7 Antworten der Bertelsmann-Stiftung, 16 Seiten, [Download](#).*

*Dazu die [Pressemitteilung](#) mit Verlinkung zu den Key-Facts der einzelnen Bundesländer: Kita-Qualität steigt, doch die Unterschiede zwischen den Bundesländern bleiben enorm, hg. von der Bertelsmann-Stiftung, 6 Seiten*

*Ausführliche zu Konzept und Themenbereichen des „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“:  
[www.laendermonitor.de](http://www.laendermonitor.de)*

## Arbeitswelt

# Personalmarketing: Zuviel Hype um „Social Müdia“

Das Unternehmen ist natürlich ein Pionier seiner Branche. Vom permanenten Streben nach Exzellenz angetrieben. Immer bereit, Talenten jede Menge Entwicklungschancen zu geben. Doch auch die Mitarbeiter tun ihre Sicht des Unternehmens kund. Pro: Tolles Team, leckeres Kantinenessen. Contra: Chef produziert viel heiße Luft. Verbesserungsvorschlag: weniger Häuptlinge, mehr Indianer. Immerhin gibt es noch 3,5 Sterne dafür.

### Unternehmen und Jobsuchende befragt

Social-Media-Plattformen bieten spannende Einblicke in die Selbstdarstellung und Bewertung von Unternehmen. Employer Branding zur Pflege der Arbeitgebermarke und Gewinnung neuer Mitarbeiter liegt im Trend.\* Doch wie intensiv und erfolgreich werden soziale Medien von den Unternehmen eingesetzt? Ist der Hype nicht eigentlich vorbei – und was heißt das für modernes Personalmarketing? Diesen Fragen geht Thorsten Petry von der Hochschule Rhein-Main (Wiesbaden) zusammen mit der Unternehmensberatung „embrand“ nach. In vergleichender Absicht bezieht die Studie drei frühere Untersuchungen (seit 2010) ein. Sie stützt sich auf die Befragung von 487 Personen auf Unternehmens- und Kandidatenseite (Studenten und Absolventen, Fach- und Führungskräfte).

### Facebook & Co.: Wichtig, aber nicht erste Geige

Ein Großteil der befragten Unternehmen nutzt soziale Netzwerke, aktuell jedoch weniger als 2014 (86 vs. 91 %). Unverändert wichtig ist, die Bekanntheit bei potenziellen Mitarbeitern (74 %) zu steigern und die Arbeitgebermarke (64 %) zu stärken. Zugenommen haben das Interesse an der Generierung von Bewerbungen auf offene Stellen (64%; nach 54 % in 2014) und die Ansprache potenzieller Mitarbeiter (53 %; nach 42 % in 2014). „Im Hinblick auf die Pflege der Arbeitgebermarke spielen Facebook, Twitter, Xing und Co. zwar eine wichtige Rolle, aber mehrheitlich nicht die ‚erste Geige‘“

### Tabellenführer: Karrierewebsites und Jobbörsen

Eine Feststellung, die sich beim Blick auf die unterschiedliche Nutzung der Kanäle im Personalmarketing bestätigt: Karriere-Webseiten und Jobbörsen führen die Tabelle an. Sowohl Kandidaten (90 und 71 %) wie Unternehmen (95 und 88 %) setzen bei diesen beiden Medien ihre Prioritäten. Auf dem dritten Platz kommt die gute alte Mitarbeiterempfehlung (Kandidaten: 45 %, Unternehmen: 60 %). Dann folgen jeweils

die Unternehmensseite bei Xing/LinkedIn (36 bzw. 67 %) und Facebook (31 bzw. 51 %) sowie die Xing/LinkedIn-Karriereseite (29 bzw. 20 %). Erst dann erscheinen Print-Stellenanzeigen (28 bzw. 49 %) und Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen (26 bzw. 32 %) im Ranking.

### Unternehmen besser aufgestellt als Kandidaten

Die Ergebnisse der Befragung lassen Petry zufolge zwei Schlussfolgerungen zu: Bei Arbeitgeber- und Jobthemen werden Social-Media-Plattformen von Studenten weniger genutzt als von Fach- und Führungskräften. Ebenfalls überraschend: Die untersuchten Unternehmen sind aktiver und breiter aufgestellt als die Kandidaten. „Hier sollten die Unternehmen einmal überprüfen, ob sie nicht unnötig breit aufgestellt sind und ihre Kräfte besser und zielgruppengerechter bündeln sollten.“

### Zielerreichung: Deutliches Optimierungspotenzial

Viele Unternehmen versäumen es, den Erfolg ihres Social-Media-Engagements im Personalmarketing zu messen. Und die anderen? Nur sieben Prozent vermelden hohen Erfolg, 27 Prozent einen mittleren Effekt, jeweils 20 Prozent nur

geringen bzw. keinen Erfolg. Auch auf der Kandidatenseite hält sich der Erfolg in Grenzen. Nur bei 24 Prozent der Studenten sowie der Fach- und Führungskräfte hat irgendein Unternehmen durch Social Media an Attraktivität gewonnen. Der Autor sieht hier noch „deutliches Optimierungspotenzial“.

### Active Sourcing: Generierte Jobs meist uninteressant

Die aktive Kandidatensuche per Social-Media ist ebenfalls nicht rekordverdächtig. Während 31 Prozent der Studenten auf diese Weise angesprochen wurden (2014: 25 %), waren es bei den Fach- und Führungskräften 64 Prozent (2014: 74 %). Ergebnis: Die elektronisch generierten Stellen waren meist zu wenig zielgenau und deshalb uninteressant. Allerdings hat die Zahl vermittelter Jobs zugenommen – in überschaubarer Größenordnung (sieben von 318; 2014: 2 von 240).

### Candidate Experience: Zu wenig ganzheitlich abgestimmt

Auch das Candidate Experience, das bewusste Erleben des Rekrutierungsprozesses an allen Kontaktpunkten durch den Bewerber, lässt zu wünschen übrig. Kandidaten und Unternehmen stimmen darin überein, dass die Social-Media-Aktivitäten nur bei jedem dritten Unternehmen auf eine konsistente und ganzheitliche Wahrnehmung abgestimmt

sind. Best-Practice-Beispiele sind aktuell Audi, PWC, Daimler und KPMG oder waren im Jahr 2014 Deutsche Bahn, Lufthansa und BMW.

### Der Hype ist vorbei, Neujustierung angeraten

Nach der stürmischen Zunahme der Social-Media-Nutzung beim Employer Branding zwischen 2010 und 2014 zeichnet sich aktuell eine Stagnation ab. Was nicht heißt, sich enttäuscht aus dem Geschäft zu verabschieden. „Vor allgemeiner Social Media sei gewarnt“, empfiehlt Petry. Angeraten sei vielmehr eine kritische Überprüfung des eigenen Engagements. Weniger, besser, zielgruppengenaue, so könne eine Neujustierung aussehen. Jedenfalls darf auf Basis vorliegender Studienergebnisse nicht länger behauptet werden, dass sich die junge Generation überhaupt nur noch über Social Media erreichen ließe.

*\* Zum Employer Branding siehe auch BFS-Trendinfo 4/2015: Social Media: Heilsam auch fürs Krankenhaus*

*Basis vorstehender Artikels ist die Überlassung des Vortrags „Recruiting durch Social Media“ durch den Autor. Detaillierte Studienergebnisse:*

*Thorsten Petry / Florian Schreckenbach / Anna Lenz: Social MÜdia? Ergebnisse der Social Media Personalmarketing Studie*

*2016, in: Personalwirtschaft. Magazin für Human Resources, Nr. 7/2016, S. 24-26. Kostenpflichtiger Download.*

*Außerdem zum Thema:*

*Thorsten Petry / Florian Schreckenbach, Enterprise 2.0 als Baustein der Digitalen Transformation: Status Quo der Social Media Nutzung in deutschsprachigen Unternehmen, in: Thorsten Petry (Hrsg.): Digital Leadership – Erfolgreiches Führen in Zeiten der Digital Economy, Haufe Fachbuch, Freiburg, Seiten 279-292.*

## Integration

### Wie wollen wir 2026 leben?

Wir befinden uns im Jahr 2026. Was noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts heftig umstritten war, ist längst Gewissheit: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die gesellschaftlichen Turbulenzen infolge des Flüchtlingszustroms 2015 liegen lange zurück, die überschwängliche Willkommenskultur damals ist ferne Erinnerung. Ein Realismus, der um den langen, steinigen, aber dennoch gangbaren Weg zur Integration weiß, bestimmt das öffentliche Bewusstsein. Längst arbeiten Zivilgesellschaft und Staat lösungsorientiert daran, hunderttausenden Menschen aus fremden Kulturen einen neuen Start zu ermöglichen, die Neuankömmlinge sind dabei, Fuß zu fassen. Integration als Alltagsgeschehen, ohne Pathos, ohne Ausgrenzung. Als Erfolgsprojekt.

#### Visionen: Ein Fall für den Arzt?

Zu schön, um wahr zu sein, mag mancher Beobachter skeptisch einwerfen. Und dann gleich das berühmte Bonmot von Helmut Schmidt nachschieben: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“ Doch hat sich unser Blick heute wirklich so verengt? Flüchtlingswelle, Terrorangst und Europakrise halten uns so sehr in der Gegenwart gefangen, dass uns die Zukunft eher als Bedrohung denn Chance gilt. Politik versucht sich in ständiger Krisenabwehr, anstatt mutig zu gestalten. Retro ist Trend, viele Menschen würden sich am liebsten im Status quo einigeln. Gleichwohl fordern sie alltagstaugliche Problemlösungen ein,

erwarten zu Recht Entwürfe einer lebenswerten Zukunft, für die es sich zu engagieren lohnt.

#### Wie wollen wir im Jahr 2026 leben?

Hier setzt eine neue Publikationsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung ein. Jenseits des tagespolitischen Klein-Kleins will sie „Debattenbeiträge aus der Zukunft“ liefern. Die skizzierten „Szenarien der Einwanderungsgesellschaft“ gehen auf Workshops mit jungen Experten aus unterschiedlichen Erfahrungswelten zurück. „Wie wollen wir im Jahr 2026 leben?“ – zu dieser Leitfrage wollen die Beiträge rund um das Thema Integration Anstöße geben. Dabei geht es um machbare Szenarien statt vager Utopien.

#### Drei Szenarien: Wo wohnen Geflüchtete in Zukunft?

Die vorliegende erste Ausgabe der Reihe widmet sich der Frage, wo Geflüchtete künftig am besten leben sollten: auf dem Land oder in der Stadt? Oder kommt es auf die gleichmäßige Verteilung an? Drei junge Autoren geben Auskunft.

#### Szenario 1: Geflüchtete auf dem Land

(von Sarah Grützmaker)

Die Fallstudie entführt den Leser in die fiktive Kleinstadt Neudemow im Nordosten Deutschlands im Jahr 2026. 3.000 Neubürger sind während der vergangenen zehn Jahre in die 14.000-Seelen-Gemeinde gezogen, die meisten ehemals Geflüchtete.

Welche Faktoren sorgen in der ländlichen Kommune für erfolgreiche Integration? Am Anfang steht die Einbeziehung der Alteingesessenen durch Informationsveranstaltungen über anstehende Veränderungen. Ansonsten sind Arbeit und Bildung zentrale Schlüssel der Integration. „Politik kann viel dafür tun, besonders wenn es um einen flexiblen rechtlichen Rahmen, ein auf Anreizen basiertes System und konkrete Integrationsmaßnahmen vor Ort geht“, schreibt die Autorin.

In ihrem Szenario lotsen sog. Wohnempfehlungen der Einwanderungsbehörden die Neuankommenden gezielt in ländliche Kommunen mit Arbeitskräftemangel. Gelockerte Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass Asylbewerber sofort nach Antragstellung eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. In Neudemow ermöglicht der Obstanbau einen niedrigschwelligen Einstieg in den lokalen Arbeitsmarkt. Der Staat gewährt einstellungsbereiten Betrieben einen Zuschuss. Die Flüchtlinge erwerben über zeitgleich stattfindende Sprachkurse weitergehende Qualifikationen. Wichtig sind Projekte mit einem Mehrwert für alle. So schafft

die Modernisierung renovierungsbedürftiger DDR-Plattenbauten notwendigen Wohnraum und wertet den Ort sichtbar auf. Die Mittel stammen aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Die Neuankommenden bewahren die örtliche Schule vor der Schließung, öffentliche Buslinien fahren wieder häufiger. Einheimische profitieren von neuen Arbeitsplätzen in Kindertagesstätten und im Integrationszentrum vor Ort, eine Arztpraxis siedelt sich an. Auch das Vereinsleben erfährt neuen Aufschwung. Die alteingesessenen Bürger sehen ihr Engagement verstärkt, die neuen Bewohner freuen sich, durch ihre Mitarbeit etwas zurückgeben zu können.

## Szenario 2: Eine gleichmäßige Verteilung von Geflüchteten zwischen Stadt und Land

(von Hannah Newbery)

Die Autorin verortet ihr Fallbeispiel rund um eine syrische Familie im niedersächsischen Celle. Zentrale Voraussetzung erfolgreicher Integration dort sind die Novellierung des Königsteiner Schüssels und ein Anreizpaket. Beides zusammen soll Flüchtlinge in ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung unterstützen, Großstädte entlasten und ländliche Regionen stärken.

Das Anreizpaket erlaubt anerkannten Asylbewerbern den vereinfachten Familiennachzug und unterstützt sie bei

der Wohnungs- und Jobsuche. Willkommenszentren dienen der Begegnung und bündeln alle relevanten Verwaltungsakte, zum Beispiel Registrierung, Sprachkurse und Maßnahmen zur Arbeitsvermittlung. Eine Anschubfinanzierung für Unternehmen ermutigt deren Ansiedlung in klein- und mittelgroßen Städten, Flüchtlinge übernehmen Mittlerfunktionen als Dolmetscher und Tandem-Partner für Neuankommende. Gerade kleinere Kommunen böten erhöhtes Integrationspotenzial, argumentiert die Autorin: mit erschwinglichem Wohnraum, besonderer Engagementkultur und lokalen Beschäftigungsangeboten. Von der Renaissance der kleineren Ballungszentren könnten alle profitieren, auch junge Familien, die den teuren und stressgeprägten Großstädten entfliehen wollen.

## Szenario 3: Geflüchtete zwischen heute und morgen in der Stadt

(von Anas Al-Basha)

Der junge Syrer Anas Al-Basha kam 2014 in Berlin an, lernte Deutsch und fasste im Alltag Fuß. Von Anfang an leitete ihn ein klares Ziel: sich ein neues Leben aufzubauen. Für ihn steht fest, dass Flüchtlinge bevorzugt Metropolen wie Berlin, Hamburg und München ansteuern und dort auch bleiben möchten. Dafür nennt Anas Al-Basha viele Gründe: die größere Verbreitung von Englisch als Zweitsprache bei den Einheimischen, vergleichsweise gute Voraussetzungen für Arbeitssuche und

Ausbildung, die Vielfalt an kulturellen und religiösen Angeboten, gute Möglichkeiten, sich mit Landsleuten aus der alten Heimat auszutauschen. Seine persönliche Bilanz: „Das Gefühl der Zugehörigkeit stellte sich in der Stadt viel schneller ein als auf dem Land.“

Beim Rückblick aus der Zukunft weist der Autor den Wirtschaftsunternehmen eine tragende Integrationsrolle zu. Ihre Ressourcen und Zukunftsstrategien böten große Möglichkeiten in puncto Ausbildung, Spracherwerb und Jobangebot. Staatliche Einrichtungen haben erhebliche Fortschritte in der administrativen Bewältigung ihrer Aufgaben gemacht. Am deutlichsten wurde das an der schnellen Bearbeitung von Asylanträgen, der reibungslosen Ankererkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und der effektiven Vernetzung von regionaler und bundesweiter Jobvermittlung. Das verbesserte Einwanderungs- und Asylrecht erlaubt die Antragstellung in den deutschen Botschaften im Ausland und hat sich bei der Bekämpfung illegaler Einwanderung bewährt.

## Zurück aus der Zukunft – sind wir jetzt schlauer?

Worauf kommt es an, damit die Eingliederung der großen Zahl von Flüchtlingen klappt, was spricht für eine gleichmäßige Ansiedlung im Stadt-Land-Gefüge, böte die Wohnsitzauflage eine Lösung? Die drei Szenarien liefern

aufschlussreiche Hinweise zur Beantwortung solcher Fragen. Dabei lenken sie das Augenmerk auch auf die Heterogenität „der Flüchtlinge“ – junge Menschen, Familien, Alleinlebende – und deren unterschiedliche Präferenzen. Zwar lassen die bisweilen wohlfeilen Szenarien die harten gesellschaftlichen und ökonomischen Randbedingungen unberücksichtigt, sie beflügeln aber die Diskussion über praktikable Perspektiven der Integration.

*Szenarien der Einwanderungsgesellschaft. Wo wohnen Geflüchtete in der Zukunft? Hg. von Thilo Schöne, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Projekt „Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft“, 1/2016, 15 Seiten, [Download](#).*

## Gesundheit

# „Endlich seid ihr da!“ – Muslimische Seelsorge im Krankenhaus

Vor fünf Jahren ging in Frankfurt ein bundesweit einzigartiges Pilotprojekt an den Start. Die Deutsche Gesellschaft für Pastoralpsychologie, die hessen-nassauische Kirche und das Bistum Limburg bildeten gemeinsam mit dem Verein Grüner Halbmond – eine Art muslimische Diakonie – muslimische Krankenhausseelsorgerinnen und -seelsorger aus. Wie sich zeigte, war dies ein mehr als überfälliger Schritt. Rabia Bechari gehörte zu den ersten Absolventen und wird seither nicht nur an den Krankbetten willkommen geheißen. Auch von Seiten der Mediziner hört sie immer wieder: „Endlich seid ihr da.“ Die Leitung der Universitäts-Kliniken beließ es denn auch nicht bei verbalen Bekundungen. Im Mai dieses Jahres wurde dem muslimischen Seelsorgeteam ein eigenes Büro zur Verfügung gestellt. Mietfrei natürlich, denn der Dienst wird ausschließlich von Ehrenamtlichen geleistet.

### Der Bedarf ist groß

Wenngleich inzwischen mit sechs Frankfurter Krankenhäusern Kooperationsverträge existieren, sind die Frauen und Männer längst auch an anderen Stellen begehrt. In der Notfallseelsorge etwa, in Pflegeeinrichtungen und neuerdings auch in Flüchtlingsunterkünften. Zudem suchen immer wieder Privatpersonen ein offenes Ohr für ihre Sorgen und Nöte. Ein zeitintensiver Einsatz, zumal alle berufstätig sind – unter anderem als Lehrer, Psychologin oder Taxifahrer. Auch zwei

Imame gehören zum Team. Als städtische Angestellte ebenfalls einen Vollzeitjob begleitend und überdies Mutter von drei Kindern, kennt Rabia Bechari die treibende Kraft: „Wir sind mit Herz und Seele dabei.“

### Ein offenes Ohr für mehr als zehn Sprachen

Um dem Engagement einen formalen wie organisatorischen Rahmen zu geben, habe man 2013 den muslimischen Seelsorgeverein „Salam“ gegründet. Im Krankenhaus seien die Patienten zwar meist erstaunt, weil im Islam kein mit Seelsorge vergleichbares Konzept existiert. Ein Gespräch hat nach Wissen der 40-jährigen Vereinsvorsitzenden aber noch niemand abgelehnt – im Gegenteil. „Die Leute sind froh, sich einmal in ihrer Muttersprache ausheulen zu können“, stellt Rabia Bechari immer wieder fest. Es sei daher ein großes Plus des Salam-Teams, dass es mehr als zehn Sprachen abdecken kann. Ihrer Erfahrung nach reden die Patienten meist über ihre Befindlichkeit, Kinder und Ehepartner oder medizinische Eingriffe betreffende Unsicherheiten.

### Religion spielt nur zweitrangige Rolle

Wenn gewünscht, könnten natürlich alle Ehrenamtlichen Koranverse rezitieren oder auf Fragen wie „Darf sich ein Muslim die Herzklappe eines Schweines einsetzen lassen?“

theologisch fundierte Antworten liefern. Darf er, so Rabia Bechari, der Koran untersage Muslimen nur den Verzehr von Schweinefleisch. In der Regel spiele die Religion jedoch eine zweitrangige Rolle. Gleiches gelte für die Unterschiede zwischen Sunniten, Schiiten, Alawiten und anderen Richtungen des Islams. „Nur wenn es um Sterbebegleitung geht sehen wir zu, dass zum Beispiel ein sunnitische Seelsorger zu einem sunnitischen Patienten kommt.“

### Professionelle Ausbildung garantiert

Insgesamt ist für die Frauenbeauftragte des deutsch-islamischen Vereinsverbandes jene Maxime verpflichtend, die in der Seelsorge immer an erster Stelle steht: „Der Patient bestimmt das Gespräch, wir richten uns nach seinen Bedürfnissen.“ Sie sei froh, dass die professionelle Ausbildung dies garantiert. So werden in den Kursen Christen wie Muslime von dem evangelischen Pfarrer Winfried Hess und seinem katholischen Kollegen Rainer Frisch insgesamt 220 Stunden lang in Gesprächsführung und dem Umgang mit Konflikten geschult, in die psychologischen und juristischen Grundlagen der Seelsorge eingeführt sowie während des 60 stündigen Praktikums betreut. Den theologischen Ausbildungsteil, zu dem unter anderem Glaubensfragen oder religiöse und kulturelle Besonderheiten gehören, übernimmt ein Imam. Tauchen bei späteren Einsätzen Probleme auf, können sie sich jederzeit an Pfarrer Hess oder

das evangelische Zentrum Seelsorge und Beratung wenden, dem ohnehin die regelmäßige Supervision obliegt.

## Nächste Ausbildungsrunde startet

Nicht zuletzt wegen der steigenden Nachfrage in Flüchtlingsunterkünften freut sich Rabia Bechari, dass das Salam-Team nach Ende des aktuellen Ausbildungskurses Verstärkung erhalten wird. Als sie im Sommer gemeinsam mit Winfried Hess die Inhalte der nächsten, im September beginnenden Seelsorgeausbildung präsentierte, hoben beide die Bedeutung einer guten christlich-muslimischen Zusammenarbeit hervor. Gerade in Zeiten des Terrors und der Vorurteile besitze „die solide, alltägliche gemeinsame Arbeit am Bau eines respektvollen, vielfältigen, tragfähigen Miteinanders“ unschätzbaren Wert.

*Der Artikel erschien erstmals in der Senioren Zeitschrift Frankfurt, Ausgabe 3/2016. Autorin: Doris Stickler.*

Weitere Informationen zur Arbeit von Salam e.V. finden Sie unter [www.salamev.de](http://www.salamev.de).

## Erst zu Dr. Google, dann in die Praxis

Patienten googeln ihre Krankheit, tauschen sich in Chat-Foren aus, checken Ärzte-Bewertungen und suchen auf Online-Plattformen nach einer Fachklinik. Sie konsultieren erst das Internet und dann ihren Arzt. Der hat als Dr. Allwissend ausgedient und sieht sich immer häufiger einem informierten Patienten gegenüber. Zumindest einem, der sich informiert glaubt und mit dem Herrn Doktor auf Augenhöhe sprechen will. Das gefällt nicht jedem Arzt. Manche sehen sich wachsendem Erklärungsdruck ausgesetzt, einige raten ihren Patienten sogar von eigenen Recherchen ab. Eine Online-Erhebung der Bertelsmann-Stiftung zusammen mit der Barmer GEK untersucht, wie Ärzte mit dem vorinformierten Patienten umgehen und welche Bedeutung das Internet für die wechselseitige Kommunikation hat.

## Mehr als 800 Ärzte vieler Fachrichtungen

An der Befragung Ende 2015 nahmen 804 niedergelassene Ärzte teil. Sie decken ein großes fachärztliches Spektrum ab, darunter Allgemeinmedizin, Innere Medizin, Frauenheilkunde, Kinder- und Jugendmedizin, Psychiatrie und Psychotherapie, Orthopädie, Hautkrankheiten, Urologie, Augenheilkunde und HNO. Autorin der Studie ist Anja Bittner, Ärztin und Mitbegründerin der mehrfach ausgezeichneten Internetplattform „washabich.de“.

## Zentrale Studienergebnisse

- **Immer mehr Patienten informieren sich selbst:** Fast alle Ärzte der ambulanten Versorgung (98 %) – Haus- und Fachärzte gleichermaßen – nehmen wahr, dass sich ihre Patienten zunehmend im Internet schlau machen. Fast ein Viertel der befragten Ärzte (24 %) kommt pro Arbeitstag mit mehr als 30 Prozent solcher Patienten ins Gespräch. Therapien, Erkrankungen und Krankheitssymptome sowie Leistungen der Krankenkassen sind die häufigsten Themen.
- **Nachteile der Selbstinformation aus Ärztesicht:** Knapp die Hälfte der befragten Ärzte (45 %) meint, die Selbstinformation der Patienten erzeuge vielfach unangemessene Erwartungen und Ansprüche. Das belastet die Arbeit der Ärzte. Fast ein Drittel (30 Prozent) ist der Auffassung, Selbstinformation verwirre die Patienten und beeinträchtigt das Vertrauen in den Arzt. Knapp ein Viertel der Ärzte rät Patienten sogar aktiv von eigenständiger Informationsbeschaffung ab. Auffallend: „Die Chance, die Auswirkungen des wachsenden Informationsangebots und des steigenden Eigeninteresses von Patienten negativ zu bewerten, war in der Gruppe derjenigen, die angaben, sich nicht besonders gut mit Patientenangeboten auszukennen, 2,8 mal so hoch wie in der Gruppe der vergleichsweise gut informierten Fachkollegen“, merkt Studienautorin Anja Bittner an.

- **Vorteile der Selbstinformation aus Ärztesicht:** Ein gutes Drittel der Ärzte ist der Meinung, dass sich Patienten durch selbsterworbenes Wissen leichter an Entscheidungen für ihre Gesundheit beteiligen könnten, jeder fünfte Befragte gibt an, dass sie sich daher rechtzeitig in die Praxis begäben.
- **Was empfinden Ärzte angesichts informierter Patienten?** Gut 40 Prozent der Ärzte freuen sich über das Interesse der Patienten. Knapp zehn Prozent ärgert jedoch, nicht zuerst angesprochen worden zu sein. Die Frage, ob es auch an ihnen selbst liegen könne, dass sich Patienten zunächst auf eigene Faust informieren, stellen sich lediglich elf Prozent der Ärzte.
- **Wie reagieren Ärzte?** Immerhin 70 Prozent fragen nach, woher die Information stammt, knapp 60 Prozent möchten wissen, welches Interesse der Patient daran hat. 36 Prozent nehmen sich vor, den Patienten künftig mehr in Entscheidungen einzubeziehen, 33 Prozent wollen ihn umfassender aufklären. 18 Prozent der Ärzte gehen nicht auf das vorgebrachte Patientenwissen ein, weil sie dafür keine Zeit haben.
- **Unzureichendes Wissen vieler Ärzte:** 43 Prozent der Ärzte bezeichnen ihre Kenntnis von Informationsquellen für Patienten als „sehr gut“ und „eher gut“. 15 Prozent kennen

sich eigenen Angaben zufolge „eher nicht so gut“ und „überhaupt nicht gut“ aus. Viele Ärzte äußern Probleme, seriöse Quellen in Internet als solche zu erkennen, besagt die Studie. Nur gut 20 Prozent kennen die telefonische und Online-Beratung des Deutschen Krebsinformationszentrums, noch schlechter schneiden Portale wie „patienten-information.de“, „patientenberatung.de“ und „gesundheitsinformation.de“ ab. „Dabei handelt es sich (...) um renommierte Portale mit dem Anspruch, evidenzbasierte Medizin laienverständlich aufzubereiten“, stellt die Studie fest. Demgegenüber sei das Ärzte-Vertrauen in Wikipedia mehr als doppelt so groß.

### Der selbstinformierte Patient – ein Thema für die ärztliche Aus- und Weiterbildung

„Die Ergebnisse der Umfrage machen einen hohen Bedarf ärztlicher Weiterbildung zu Gesundheitsinformationen für Patienten deutlich“, schlussfolgert Autorin Bittner. Bei aller begründbaren Skepsis gegenüber der eigenständigen Informationsbeschaffung: „Um den selbstinformierten Patienten wird kein Arzt auf Dauer herumkommen.“

Grundsätzlich müsse die ärztliche Aus-, Fort- und Weiterbildung den besseren Umgang mit internetgestützter Selbstinformation fördern. Dazu gehöre die Sensibilisierung für Themen, die den Patienten auf den Nägeln brennen. Ärzte, die sich dieser Herausforderung stellten, gebe der Praxiserfolg recht, ist Autorin Bittner überzeugt. Wissenschaftliche Studien belegten nämlich erhöhte Therapietreue, wenn Patienten die Notwendigkeit der Behandlung verstehen. Auch umgekehrt wird ein Schuh daraus: Mangelnde Gesundheitskompetenz hat schlechtere Behandlungsergebnisse zur Folge, eine geringere Wahrnehmung präventiver Angebote und sogar erhöhte Sterblichkeit.

*Bertelsmann-Stiftung / Barmer GEK (Hg.), Gesundheitsmonitor Nr. 2/2016, Informierte Patienten und unzureichend vorbereitete Ärzte? Gütersloh 2016, 12 Seiten, [Download](#).*

## Pflege

### Pflegestützpunkte: Wo nachgebessert werden muss

70 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden in ihrer eigenen Wohnung versorgt, meist durch Angehörige. Für sie ist eine ortsnahe Beratung über Leistungen und Pflegeangebote von größter Bedeutung. Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PFWG) von 2008 weist den inzwischen 400 Pflegestützpunkten (PSP) eine Schlüsselrolle bei der Beratung sowie der Koordination der pflegerischen, medizinischen und sozialen Versorgung vor Ort zu.

Das Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft (iso) e.V. in Saarbrücken hat im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstmals eine Studie zum Regelbetrieb der Pflegestützpunkte in Deutschland erstellt. Die Ergebnisse liefern eine aktuelle Bestandsaufnahme zum Stand der Umsetzung, zu Erfolgen und Verbesserungsmöglichkeiten. Für die Studie wurden die Mitarbeiter von 151 Pflegestützpunkten zwischen 2013 und 2015 befragt. Vorstehende Zusammenschau konzentriert sich auf die aus der Evaluation abgeleiteten ausführlichen Empfehlungen des Autorenteam.

#### Große Vielfalt

Die Datenanalyse hat ein bundesweit großes Spektrum an Umsetzungsvarianten der Pflegestützpunkte zutage gefördert. „Diese Vielfalt ist vor allem deswegen zustande gekommen, weil in den Länderregelungen an vielen Punkten keine stringenten

Vorgaben z. B. zu Einzugsgebiet, Struktur, Leistungserbringung und Ausstattung formuliert wurden“, stellt das Autorenteam fest. Der Befund deutet Defizite an, die bei der strategischen Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte behoben werden sollten.

#### Wie Pflegestützpunkte ihr Potenzial besser nutzen könnten

**Vorgaben klarer definieren:** Die Studie ermittelte in den Vorgaben der Rahmenverträge für die Pflegestützpunkte große Unterschiede, sowohl zwischen als auch in den Bundesländern. Erforderlich sind einheitliche Organisationsstrukturen und Qualitätsstandards. Oft sind Trägerschaft und Finanzierung nicht klar geregelt. Die gesetzlich angestrebte gemeinsame Verantwortung von Pflege-/Krankenkassen und kommunalen Gebietskörperschaften in der Bürgerberatung bleibt so manches Mal am regionalen Aushandlungspartner hängen. Auch die Versorgungsdichte offenbart eine enorme Varianz. Nirgendwo wurde die gesetzlich empfohlene Versorgungsdichte von einem Pflegestützpunkt für 20.000 Einwohner verwirklicht.

**Zugangsbarrieren abbauen:** „Um einen problemlosen Zugang zur Beratung zu ermöglichen, müsste entweder das jeweilige Einzugsgebiet der PSP kleinräumiger definiert werden oder bei den derzeit üblichen Einzugsgebieten von über 100.000

Einwohnern eine personelle Aufstockung der PSP erfolgen.“ Wichtiges Kriterium beim Zuschnitt von Einzugsgebieten ist der reibungslose Hausbesuch. Dabei ist die Anbindung an bestehende Sozialräume wichtig, nahe Ämtern, Ortszentren und ÖPNV-Haltestellen.

#### Voraussetzung für die Bewältigung der Aufgabenfülle

**schaffen:** Die Mitarbeiter sollten nicht nur akute und kurzfristige Beratungen, sondern auch komplexe und zeitaufwendige Case- und Care-Managementaufgaben erfüllen können. Die gängige Bewertung orientiert sich aber an hohen Fallzahlen, ein Kriterium, das ausreichende Personalstärke zur Bewältigung der großen Aufgabenfülle zwingend voraussetzt. Zur Erinnerung: Die Beratungen umfassen u. a. Fragen der Wohnraumgestaltung und der Entlastung pflegender Angehöriger. Zunehmend prägt der Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund, mit Demenz und Multimorbidität die Versorgungsbedarfe. Neben dem Management auf der Einzelfallebene ist der Ausbau des Care-Managements zur zielgenauen Kooperation zwischen Pflegestützpunkt, Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten gefragt und notwendig.

**Personalkonzepte entwickeln:** Angesichts der Verfügbarkeit von durchschnittlich fünf Räumen pro PSP konstatieren die Autoren in diesem Punkt eher geringen Handlungsbedarf. Anders sieht es bei der personellen Ausstattung aus. Die Besetzung

eines PSP mit nur einer Person, wie es laut Befragung für rund fünf Prozent der Einrichtungen zutrifft, ist kaum geeignet, den gesetzlich vorgegebenen Beratungsauftrag zu erfüllen. Zwar sind die meisten PSP mit zwei bis vier Mitarbeitern besetzt. Doch größere Einheiten mit vier und mehr Beschäftigten könnten der Studie zufolge die Erreichbarkeit für Ratsuchende verbessern und Fehlzeiten besser abfedern.

Zur Finanzierung müssten in der Regel auch die Einzugsgebiete vergrößert werden. Insgesamt ist die Größe des Einzugsbereichs eines PSP so zu wählen, „dass der Aufbau vernetzter Strukturen zur Realisierung eines Hilfemixes von Profi- und Laienpflege, von ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung in den Bereichen Medizin, Pflege und Alltagshilfen möglich ist“. Neben der Personalstärke kommt es auch auf die Qualifikation an. Beim Anteil an Personal mit Zusatzqualifikationen ist noch viel Luft nach oben, stellt die Studie fest. Mit wenigen Ausnahmen (Rheinland-Pfalz, Saarland) herrscht hoher Nachholbedarf bei der Schulung zum Pflegeberater nach den Richtlinien des GKV-Spitzenverbands. Mangel herrscht auch im Bereich der Supervision.

**Arbeitsorganisation optimieren:** Besonders in personalstarken PSP ist die Einrichtung einer Teamleitung vorteilhaft. Außerdem kann die Einteilung

von regionalen oder thematischen Zuständigkeiten nützlich sein. Eine Trennung von Sozial- und Pflegeberatung hingegen läuft Gefahr, die patientenfreundliche Idee der „Beratung aus einer Hand“ zu unterlaufen, warnen die Wissenschaftler.

### Fazit: Es geht immer noch besser

„Insgesamt hat die Studie keinen Zweifel an der Sinnhaftigkeit und dem Nutzen von PSP für die Bevölkerung aufkommen lassen“, resümieren die Studienautoren. Allerdings habe die vorliegende Untersuchung, vor allem die Befragung in den Einrichtungen, einige Ansatzpunkte zur Verbesserung aufgespürt. Nach der Gründungsphase komme es künftig darauf an, durch einheitliche Struktur- und Leistungsvorgaben eine bundesweit flächendeckende Mindestqualität sicherzustellen.

*Die Studie ist Teil eines größeren Forschungsprojekts: Sabine Kirchen-Peters / Lukas Nock / Peter Baumeister / Birgit Mickley, Pflegestützpunkte in Deutschland. Die Sicht der Mitarbeitenden. Der rechtliche Rahmen. Die politische Intention. In: Wiso-Diskurs 07/2016, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 2016, 80 Seiten, hier: Seiten 1-36, [Download](#).*

## Europa

# Bürgerinitiative auf europäisch: „Let'sFly2Europe“ und „People4Soil“

Nachhaltige Entwicklung und Flüchtlingspolitik sind derzeit gesellschaftliche und politische Kernthemen, die europaweit die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen. Eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage vom Juni 2016 zeigt, dass sich mehr als 60 Prozent der europäischen Bürgerinnen und Bürger effektivere EU-Maßnahmen im Bereich Migrationspolitik und Umweltschutz wünschen.

In diesem Zusammenhang hat die Europäische Kommission beschlossen, im September 2016 zwei neue Bürgerinitiativen, „Let'sFly2Europe“ und „People4Soil“, zu registrieren. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine stärkere demokratische Teilhabe an der europäischen Politik zu ermöglichen, wurde das Instrument der „Europäischen Bürgerinitiative“ im Jahr 2012 eingeführt.

### Eine Million Unterschriften

Ziel einer Europäischen Bürgerinitiative ist es, die EU-Kommission zu einem Gesetzesvorschlag oder einer Änderung bestehenden EU-Rechts aufzufordern. Eine solche Initiative kann in jedem Themenbereich gestartet werden, der im Zuständigkeitsbereich der EU-Kommission liegt. Eine erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative erfordert innerhalb eines Jahres mindestens eine Million Unterstützer aus mindestens sieben EU-Mitgliedsländern. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, muss sich die EU-Kommission mit den

Vorschlägen der Bürgerinitiative befassen, eine Pflicht zum Handeln besteht für die EU-Kommission jedoch nicht. Die Entscheidung, ob sich die EU-Kommission für die Umsetzung der Vorschläge einsetzt, soll innerhalb von drei Monaten auf der Web-Seite der EU-Kommission veröffentlicht werden.

### Bisher drei Bürgerinitiativen erfolgreich

Seit der Einführung der Bürgerinitiative waren bisher drei Initiativen erfolgreich. Die erste Bürgerinitiative „Right2Water“ aus dem Jahr 2012 forderte die EU-Kommission auf, das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung für die europäische Gesellschaft zu gewährleisten und die Wasserwirtschaft vor einer Liberalisierung zu schützen. Auf die Forderungen der Initiative hat die EU-Kommission mit öffentlichen Konsultationen – aber nicht mit Reformen von Gesetzten – reagiert. Die zweite Bürgerinitiative „Einer von Uns“ hat sich für den Schutz von menschlichen Embryonen eingesetzt und die dritte Initiative „Stop Vivisection“ für die Abschaffung der Tierversuche. Diesbezüglich hat sich die EU-Kommission mit den Vorschlägen der Initiativen befasst und sich entschlossen, Teile der Vorschläge in ihrer weiteren Arbeit in Betracht zu ziehen.

Ab September 2016 werden die Organisatoren der beiden neuregistrierten Initiativen „Let'sFly2Europe“ und „People4Soil“ die Möglichkeit haben, für ein Jahr Unterschriften zur Unterstützung für ihre Forderungen zu sammeln.

### Asylsuchende sicher und legal einreisen lassen

Die Bürgerinitiative „Let'sFly2Europe“ wurde von einer Gruppe von europäischen Bürgerinnen und Bürgern organisiert. Die Initiative setzt sich für die Rechte von Asylsuchenden ein und möchte Menschen, die internationalen Schutz suchen, die Möglichkeit geben, sicher und legal nach Europa zu reisen. Die EU-Richtlinie zur Ergänzung der Regelungen des Schengen-Übereinkommens untersagt es Verkehrsunternehmen, die Einreise von Flüchtlingen in die EU beispielsweise über Flugzeuge oder Schiffe zu ermöglichen. Im Falle eines Verstoßes muss das Unternehmen mit finanziellen Sanktionen rechnen und zusätzlich die Kosten der Abschiebung der Asylsuchenden tragen. Der Initiative zufolge führe dieses Verbot dazu, dass Asylsuchende über lebensgefährliche Flüchtlingsrouten illegal in die EU einreisen müssten.

Um weitere Unglücke vor allem im Mittelmeer zu vermeiden, fordert „Let'sFly2Europe“ die EU-Kommission auf, das Beförderungsverbot von Flüchtlingen in die EU über Flugzeuge oder Schiffe für Beförderungsunternehmen aufzuheben und die finanziellen Sanktionen abzuschaffen. Die Bürgerinitiative argumentiert zusätzlich, dass eine Änderung der Schengen-Richtlinie die illegale Schleusertätigkeit erschweren könne und durch die Registrierung die Anzahl und Identität der Einreisenden auch der Flüchtlingsstrom besser kontrollieren werden könne. Eine Änderung der Richtlinie sei für eine

verantwortliche Europäische Flüchtlingspolitik eine wesentliche Voraussetzung.

## Den Erdboden vor Verschmutzung schützen

Die Bürgerinitiative „People4Soil“ wurde von europäischen Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstituten, Bauernverbänden und Umweltschutzgruppen hervorgerufen, um auf die zunehmende Verschmutzung des Bodens aufmerksam zu machen. Umweltprobleme wie Erosion, Verschmutzung, Erdbeben und Überschwemmungen haben negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf die Ernährungssicherheit, auf die Ökosysteme, auf das Klima und auch auf die Wirtschaft. Im Rahmen des geltenden EU-Rechts wird der Schutz des europäischen Bodens nicht umfangreich gewährleistet, da das 2006 vorgelegte Gesetzesvorhaben zu einer Bodenschutzrichtlinie nach acht Jahren politischen Stillstands wegen Uneinigkeit der EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2014 zurückgezogen wurde. Die Bürgerinitiative „People4Soil“ fordert deswegen die EU-Kommission auf, den europäischen Boden als gemeinsames Erbe anzuerkennen. Spezifische Richtlinien für den Bodenschutz müssten verabschiedet werden, sodass Prinzipien und Regelungen für alle EU-Mitgliedstaaten einheitlich festgesetzt werden.

## Weitere europäische Bürgerinitiativen

Aktuell laufen noch drei weitere Bürgerinitiativen:

- „Stop Plastic in the Sea“ (Teilnahmefrist 19.10.2016) ist eine Initiative, die sich für weitreichende Maßnahmen gegen Plastikabfälle im Meer einsetzt.
- Die Initiative „Vater, Mutter & Kind – Europäische Bürgerinitiative zum Schutz von Ehe und Familie“ (Teilnahmefrist 11.12.2016) kämpft für eine europaweite einheitliche Definition der Begriffe „Ehe“ und „Familie“.
- Die dritte Initiative „Fairer Transport in Europa – Gleichbehandlung aller Verkehrsbeschäftigten“ (Teilnahmefrist 14.09.2016) fordert die EU-Kommission auf, den gerechten Wettbewerb der unterschiedlichen Verkehrsträger sicherzustellen und die Gleichbehandlung der Beschäftigten zu gewährleisten.

Alle Bürgerinnen und Bürger können diese Initiativen auf der Webseite der EU-Kommission zur Bürgerinitiative unterstützen und weitere Informationen abrufen.

Weitere Informationen:

- zur Bürgerinitiative: auf der offiziellen Website der Europäischen Kommission.
- zur Eurobarometer-Umfrage gibt es [hier](#).
- Zur Bürgerinitiative „Let'sFly2Europe“ gibt es [hier](#)
- und zu der Bürgerinitiative „People4Soil“ gibt es [hier](#).
- Richtlinie 2001/51/EG des Rates vom 28. Juni 2001 zur Ergänzung der Regelungen nach Artikel 26 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 gibt es [hier](#).

## Materialien

# Catarina Katzer: Cyberpsychologie. Leben im Netz: Wie das Internet uns ver@ndert

dtv premium, München 2016, 352 Seiten, 16,90 €, ISBN 978-3-423-26092-3

Die Cyberpsychologin Dr. Catarina Katzer aus Köln war eine der Ersten, die im deutsch-sprachigen Raum zu Mobbing im Internet geforscht hat. Mittlerweile arbeitet sie als Expertin für Kommissionen des Europarates und des Deutschen Bundestages, geht in Unternehmen und Schulen und berät Eltern. Zuletzt hat die Wissenschaftlerin ein vielbeachtetes Buch über die dunkle Seite des digitalen Sozialverhaltens geschrieben, über Cybermobbing. Diesmal beschäftigt sich die Autorin mit Cyberpsychologie. „Das Internet ist zu einem neuen Koordinatensystem für unser Handeln geworden, das sich wie selbstverständlich neben unser reales Alltagsleben schiebt“, sagt die Sozialpsychologin im Interview mit unserer Autorin.

Seit 25 Jahren wird im Internet gesurft, seit gut zehn Jahren gelikt, gepostet und kommentiert. Nicht nur das: Ohne unsere digitale Verknüpfung wären viele wirtschaftliche Prozesse und Bankgeschäfte heutzutage gar nicht mehr denkbar. Immer mehr Menschen sind dank ihrer Flatrate rund um die Uhr online und leben somit permanent im Netz. Alle sind scheinbar mit allen in Kontakt, und jeder bekommt auf jede noch so verrückte Frage

innerhalb weniger Sekunden eine Antwort. Das klingt nach einem virtuellen Schlaraffenland.

### Wir leben ständig in einem wahnsinnig schnellen Perspektivwechsel

„Das hat Auswirkungen auf unser Gehirn, auf bestimmte Gehirnregionen und genau das hat mich fasziniert. Ich möchte, dass wir alle uns selber erkennen und verstehen, was mit uns im Internet passiert. Deshalb habe ich das Buch geschrieben.“ Catarina Katzer erläutert wirklich nachvollziehbar, dass sich Menschen im Netz wie auf einer Art virtuellen Bühne bewegen, ohne dabei physisch real agieren zu müssen. „Das Gehirn begreift aber gar nicht, dass man sich dort auf einer anderen Wahrnehmungsebene als im realen Leben befindet“, warnt die Wissenschaftlerin vom Institut für Cyberpsychologie und Medienethik in Köln. Das führt zu einer Wahrnehmungsdiffusion, die es auszubalancieren gilt, denn wir leben ständig in einem wahnsinnig schnellen Perspektivwechsel.

### Wer im Netz unterwegs ist, vergisst sich selbst

Wenn wir unser Smartphones anschauen, dann wechseln

wir immer wieder von einer App zur anderen, demonstriert die schlaksige Volkswirtschaftlerin mit ihrem Handy. „Wir schließen viele Apps gar nicht einmal, sodass sie permanent blinken und sich bemerkbar machen können. Sie versetzen uns so, auch geistig, in einen Dauer-Erregungszustand.“ Diese Vielfältigkeit führt ihrer Meinung nach dazu, dass wir glauben, wir können alles gleichzeitig erledigen. Tatsächlich ist es so: „Das können wird nicht.“ Unsere Wahrnehmung versucht sich auf verschiedene Dinge zu konzentrieren, schafft es aber nicht. „Deshalb können wir in eine Art Verwirrungszustand abgleiten“, weiß die Expertin für Cyberpsychologie. Während ihrer Recherche stellte die Autorin fest, dass weltweit tatsächlich nur zwei Prozent der Menschen wirklich multitaskingfähig sind.

Seit 15 Jahren beschäftigt sich Catarina Katzer mit Internettechnologie, die wie ein Krake immer tiefer in den Alltag vordringt. Während anfangs E-Mails und Suchsysteme nur beruflich genutzt wurden, gehören die sozialen Medien längst fest zum Privatleben und verändern unmerklich unser Denken, unser Handeln und unser Fühlen. Und seit es Smartphones und Tablets gibt, haben sich diese Probleme nochmals multipliziert. „Wer im Netz unterwegs ist, vergisst sich selbst“, behauptet Catarina Katzer.

## Warum sind Menschen nicht so schnell wie Google?

Aufmerksam wurde die Sozialpsychologin auf das Thema „Cyberpsychologie“, wie ihr aktuelles Buch heißt, weil sie massive Veränderungen bei sich selbst feststellte: „Dass ich ungeduldiger wurde mit mir selber und mit meinem eigenen Handeln. Dass mir alles nicht schnell genug ging.“ Die Folge war: Die Autorin merkte, dass sie auch mit anderen Menschen ungeduldiger wurde und sich plötzlich fragte: Warum geht das nicht so schnell, warum sind die Menschen so langsam? „Im Netz ist doch alles so schnell, über Google finde ich doch alles sofort, für alles gibt es eine App und alles ist so einfach. Dieses Nichtstun, dieses Laissez-faire, mal vollkommen aus dem Netz abzuschalten, das war bei mir gar nicht mehr möglich.“

In vier Kapiteln beschreibt Catarina Katzer, wie das Leben im Netz Menschen verändert. Akribisch hat sie auf 350 Seiten aktuelle Studien zu den Problemen und Gefahren des Cyberspace zusammengetragen: Über Internetsucht, Cyberkriminalität, Voyeurismus oder emotionales Abstumpfen. Die vielen Namen und Forschungsergebnisse machen das Lesen gelegentlich etwas mühsam. Aber sie belegen, dass die persönlichen Beobachtungen der Psychologin keineswegs ein privates Luxusproblem sind. Der permanente Kontextwechsel zwischen virtueller und realer Welt überfordert Menschen,

nicht zuletzt, weil sie einer Art „Privatheitsillusion“ unterliegt, wie die Autorin es nennt.

## Unsere Suchstrategien verändern unser Leseverhalten

Selbst wenn man allein vor dem Computer ist, sitzen hunderte Menschen quasi mit auf dem Sofa, nicht nur die eigenen Freunde und Kollegen, sondern auch deren Freunde und Kollegen. Zudem hat es keinerlei direkten Konsequenzen, wenn man miteinander kommuniziert. Weil das physische Gegenüber fehlt, welches einem gehörig die Meinung sagt oder mit einem lacht. Catarina Katzer entdeckte außerdem, dass das Netz nicht nur ihr eigenes Leben sondern auch das Lesen von Büchern verändert hat. Sie las „wahnsinnig viel“ mit dem Tablet und stellte auf einmal fest: „Ich behalte überhaupt nichts mehr. Ich lese ganz anders, ich swipe einfach schneller weiter, ich komme auch viel schneller zum Ende.“

Die Wissenschaftlerin stellte fest, dass internationale Studien dieses Phänomen belegen. „Durch unser Verhalten im Internet, verändern sich unsere Suchstrategien und auch unser Leseverhalten total. „Wir lesen Seiten gar nicht mehr zu Ende, sind darauf konditioniert, nur noch kurze Teile, kurze Satzstücke und Fragmente zu lesen.“ Erste Studien belegen auch, dass immer mehr vergessen wird, weil wir uns so sehr auf

das Internet verlassen. „Weil wir glauben, über Google finden wir alles immer wieder. Deshalb brauchen wir uns nichts mehr zu merken, nichts mehr abzuspeichern.“

## Wir landen in der Fremdbestimmungs-Optimierungsfalle

Für die Volkswirtschaftlerin ist diese „Wissensillusion“, wie sie es nennt, gefährlich. Google und Co filtern die Ergebnisse, die wir suchen, ohne dass wir genau wissen, welche Interessen dahinter stecken. Und man weiß so gut wie nie, was Google nicht anzeigt. Die Folge: Man schränkt nicht nur den eigenen Blick ein, sondern hört auch auf, dem eigenen Kopf, der eigenen Intuition zu trauen. „Je mehr wir uns im Netz verstricken, desto stärker verlieren wir die Fähigkeit, eigenständig zu entscheiden. So landen wir in der Fremdbestimmungs-Optimierungsfalle“, schreibt Catarina Katzer.

## „Wir nutzen das Netz, um uns zu optimieren“

„Wir müssen wieder viel stärker auf unsere innere Stimme hören. ‚Optimierungsfalle‘ ist so etwas, dass wir versuchen durch das Netz immer besser zu werden. Vor allen Dingen Entscheidungen besser abzusichern, weil wir das Gefühl haben, wir selber können eigentlich diese Entscheidung gar nicht mehr treffen.“

Wir wissen gar nicht gut genug darüber Bescheid und deshalb befragen wir das Internet.“ Die Folge: Der Entscheidungsspielraum wird an das Netz abgegeben, es wird nicht mehr auf die Intuition, auf das Bauchgefühl gehört. „Wir haben das Gefühl, wir sind ja nur Menschen, aber der Computer ist eine optimale Maschine.“ „Wir nutzen das Netz, um uns zu optimieren. Das kann dazu führen, in eine Art Optimierungswahn abzudriften.“

### Fazit: Ein kompetenter Cybernaut werden

Catarina Katzer beschreibt dezidiert die Chancen und die Gefahren des Internets. Sicher, vieles davon ist nicht wirklich neu. Aber man ertappt sich beim Lesen dabei, überrascht fest-zustellen: Man ist nicht allein mit der Freude an den neuen Möglichkeiten. Und mit dem Gefühl der Überforderung, ständig reagieren zu müssen.

Aber wer gibt schon gerne zu, dass er sich kaum noch etwas merken kann. Hirnforscher haben herausgefunden, dass diese Vergesslichkeit entsteht, wenn nur noch der Kurzzeitspeicher gefüttert wird und der Langzeitspeicher leer ausgeht. Der wird aber dringend gebraucht, um komplexe Probleme zu lösen, schreibt die Autorin.

Wer seinen Langzeitspeicher unterfordert, beraubt sich der Fähigkeiten des selber Denkens und das

selbstbestimmten Handelns. Im letzten Kapitel beschreibt Catarina Katzer, wie man ein kompetenter Cybernaut werden kann, der sein Leben mit dem Netz wieder selbst kontrolliert. „Ganz wichtig ist, dass wir uns manchmal austricksen und überlegen: Was wäre, wenn ich das gar nicht mehr finden würde über Google? Wenn das tatsächlich weg wäre? Was müsste ich dann tun? Dann müsste ich es korrekt lesen, dann müsste ich mir viel mehr merken. Dann würde ich es vielleicht auch kopieren, dann würde ich vielleicht auch was ab-schreiben. Wenn ich das Gefühl hätte, es wäre für immer weg, dann fange ich auch an, mit meinem Gehirn besser nachzudenken, auch die Informationen besser zu verarbeiten.“

## Impressum

### Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG  
Wörthstraße 15-17

50668 Köln  
Telefon 0221 / 97356-237  
Telefax 0221 / 97356-479

### Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), [s.bauer@sozialbank.de](mailto:s.bauer@sozialbank.de), Eva  
Richter, Hella Krauß

Isabelle Hübner, [i.huebner@sozialbank.de](mailto:i.huebner@sozialbank.de) (Europa)  
Maicke Mackerodt, [info@mackerodt.de](mailto:info@mackerodt.de), [www.rhein-reden.de](http://www.rhein-reden.de)  
(Buchrezension „Cyberpsychologie“)  
Doris Stickler, [d.stickler@t-online.de](mailto:d.stickler@t-online.de) („Endlich seid ihr da!“)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich